

2 Theoretische Vorüberlegungen

Der eingenommene sprachwissenschaftliche Standpunkt spielt für die Beschreibung des Zusammenhangs von Sprachwissenschaft und Diskursanalyse eine zentrale Rolle: Je nachdem, wie man sich selbst innerhalb der sprachwissenschaftlichen Disziplin, aber auch in Bezug zu benachbarten Disziplinen, wie zum Beispiel der Literaturwissenschaft, der Politikwissenschaft, der Soziologie, der Kommunikations- und Medienwissenschaft etc., verortet, variieren die Erkenntnisgegenstände sowie die entsprechend zum Einsatz kommenden diskursanalytischen Theorien und Methoden. Ein Verständnis von ‚Sprache als sozialer Praxis‘ und damit von ‚Sprache als politischer Praxis‘, das ich in Unterkapitel 2.1 ausführen werde, ist deshalb für die Entwicklung des triangulativen Ansatzes zur Analyse des innenpolitischen Sicherheitsdiskurses eine grundlegende Voraussetzung.

Darüber hinaus ist es notwendig, die Erforschung von Sprache in der Politik, und damit von Sprache als politischer Praxis, in den Mittelpunkt zu rücken. Dieser Themenkomplex spielt eine interdisziplinäre Rolle, zumal er sowohl in der Sprach-, als auch in der Politikwissenschaft sowie zudem in der Kommunikationswissenschaft in jeweils unterschiedlicher Ausrichtung und Dimension berücksichtigt wird. Aus diesem Grund zeige ich im weiteren Verlauf des Unterkapitels die für den theoretischen und methodischen Kontext dieser Arbeit zentralen Entwicklungen in den Auseinandersetzungen mit dem sozialwissenschaftlichen Forschungsgegenstand ‚Sprache und Kommunikation in der Politik‘ auf. Hierbei konzentriere ich mich zunächst allgemein auf den Gegenstand Sprache in der Politik – dies sowohl aus sprachwissenschaftlicher als auch aus politikwissenschaftlicher Sicht – und beziehe mich dann auf das Feld der Politischen Kommunikation in seiner Ausrichtung in den Politik- und Kommunikationswissenschaften. Insgesamt nehme ich in diesem Unterkapitel Bezug auf verschiedene Ansätze sowie deren Vertreter der genannten Disziplinen: Auch wenn die Gewichtung für die theoretische und methodische Entwicklung meines diskursanalytischen Ansatzes durchaus different ist, geschieht der Rekurs auf diese Ansätze deshalb, weil er für die Kontextualisierung meines Vorhabens wesentlich ist.

In den Unterkapiteln 2.2 bis 2.4 nehme ich eine Erweiterung der theoretischen und methodologischen Perspektive vom (politischen) Text hin zum (politischen) Diskurs vor und nähere mich zunächst dem Diskurskonzept Michel Foucaults an (siehe dazu Unterkapitel 2.2). Dabei zeige ich auf, wie eine Analyse von Sprache in

der Politik oder Sprache als politischer Praxis von Foucaults ‚Werkzeugkasten‘ – und hier insbesondere von seinem ‚Diskurskonzept‘ profitieren kann.

Darauf aufbauend diskutiere ich zentrale diskursanalytische Ansätze der Sprachwissenschaft (siehe dazu Unterkapitel 2.3) – die Kritische Diskursanalyse um Siegfried Jäger, Ruth Wodak und anderen – sowie der Politikwissenschaft (siehe dazu Unterkapitel 2.4) – die diskursanalytisch ausgerichtete Policy-Forschung um Frank Fischer, Maarten A. Hajer und Herbert Gottweis. Hiermit setze ich die interdisziplinäre Betrachtung des Gegenstands Sprache und Kommunikation in der Politik mit der Fokussierung auf den Gegenstand ‚Diskurs und Politik‘ fort, wobei ich diesen als eine sinnvolle Erweiterung der Analyseperspektive verstehe.

2.1 Sprache als soziale Praxis – Sprache als politische Praxis

‚Mit Sprache handeln‘ oder ‚die Deutung gesellschaftlicher Wirklichkeit durch Sprache‘, das sind nur zwei von zahlreichen Aussagen, die dem Verständnis von Sprache als sozialer Praxis Ausdruck verleihen können. Gesellschaftliches Handeln ist immer auch sprachliches Handeln, denn über Sprache erschließen Menschen sich ‚die‘ Realität. Das Wissen, das wir von ‚der‘ Welt und ‚der‘ Wirklichkeit haben, ist in erster Linie ein über Sprache konstituiertes Wissen. Nach Konrad Ehlich kann deshalb auch vom „Medium Sprache“ (Ehlich, 1998) gesprochen werden. Für diesen Bedeutungszusammenhang führt Ehlich drei Aspekte an:

„Sprache als Medium bedeutet also (a), daß Sprache nicht in sich selbst ist; es bedeutet (b), daß da etwas anderes, etwas mit Sprache nicht Identisches ist, das jenseits ihrer existiert und im Bezug worauf Sprache als Sprache nur bestimmt werden kann; es bedeutet (c), daß Sprache wesentlich von der Aufgabe her und für sie zu bestimmen ist, der sie sich verdankt. Sprache ist nicht nur nicht für sich, sondern sie ist auch nicht aus sich heraus und nicht für sich allein bestimmbar.“ (ebd., S. 11)

Sprache ist Ehlich folgend kein Selbstzweck (vgl. ebd.). Von dieser Feststellung ausgehend zeigt Ehlich die drei Funktionsbereiche von Sprache auf: „[D]ie Erkenntnisstiftung im Medium Sprache, die Praxisstiftung vermittelt Sprache und die Gesellschaftsstiftung durch das Medium Sprache.“ (ebd., S. 15) Ehlich spricht hier auch von der gnoseologischen, der teleologischen sowie der kommunitären Funktion von Sprache (vgl. ebd.). Für den Zusammenhang von Sprache, Welt und Wirklichkeit ist zunächst der erste Aspekt, die gnoseologische Funktion, also die Erkenntnisstiftungsfunktion von Sprache relevant, denn im Rekurs auf Ehlich ist für die Menschen „[d]ie Wahrnehmung, Verarbeitung und die Entwicklung von Wissen über die Welt und über sich selbst [...] unlösbar mit Sprache verbunden.“ (ebd.) Zu dem Verhältnis von Sprache und Wissen bringt Ehlich sodann den folgenden Zusammenhang auf den Punkt:

„Sprache – gleich welcher Struktur im einzelnen – ist Medium der Speicherung von Wissen; sie ist Medium der Abstraktion von einzelnen Wissenspartikeln und ihrer Integration in größere Einheiten, und sie ist Medium des Transfers von Wissen.“ (ebd.)

Ein Verständnis von Sprache als Medium zielt deshalb folglich darauf ab, die besondere Rolle von Sprache für die Konstitution von Wissen herauszustellen und betont damit den erkenntnistiftenden Charakter von Sprache für das Wissen von Welt und Wirklichkeit. Sprache, so wird deutlich, vermittelt nicht ‚nur‘ Wissen von Welt und Wirklichkeit, sondern ist – wie Ehlich deutlich macht – auch für die Entwicklung dieses Wissens elementar. Wie anhand der drei von Ehlich beschriebenen Funktionsbereiche – der gnoseologischen, der teleologischen sowie der kommunitären Funktion von Sprache (vgl. ebd.) – ersichtlich wird, ist ein Sprachverständnis, das die Erkenntnistiftung von Sprache in den Vordergrund rückt, eng verknüpft mit einem Verständnis von Sprache, das dessen Handlungscharakter (teleologische Funktion) und damit zugleich dessen gesellschaftsstiftende (kommunitäre) Funktion herausstellt.

Dass man mit Sprache handelt und Sprache somit auch als gesellschaftliche Praxis zu verstehen ist, ist insbesondere eine Erkenntnis, die sich mit dem Aufkommen der linguistischen Pragmatik in den Sprachwissenschaften etablieren konnte (siehe dazu zum Beispiel Wunderlich, 1972a, 1972b; Schlieben-Lange, 1975). So verweist Brigitte Schlieben-Lange darauf, dass die in den 1970er Jahren aufkommende neue sprachwissenschaftliche Disziplin hauptsächlich mit den beiden Sprachwissenschaftlern Dieter Wunderlich und Utz Maas verbunden ist (vgl. Schlieben-Lange, 1975, S. 7). Eine der wichtigen theoretischen Grundlagen für die Entwicklung einer linguistischen Pragmatik bilden die sprachphilosophischen Arbeiten von Ludwig Wittgenstein (siehe zur Übersicht Bezzel, 2007). Hierzu zählen seine beiden Hauptwerke, die „Logisch-Philosophische Abhandlung“ (Wittgenstein, 2001a [1922]) sowie die „Philosophische[n] Untersuchungen“ (Wittgenstein, 2001b [1953]). Wittgensteins eingängiges und bekanntes Zitat aus den Philosophischen Untersuchungen „Die Bedeutung eines Wortes ist sein Gebrauch in der Sprache.“ (ebd., S. 596) ermöglicht es, die Bedeutung von Sprache in ihrem Gebrauch zu sehen und Sprache als eine gesellschaftliche, als eine soziale Praxis zu begreifen. Auch Wittgensteins historisch grundlegendes Konzept der ‚Sprachspiele‘ untermauert dieses Verständnis (vgl. dazu Wittgenstein, 2001b).

Zu weiteren, auch aus historischer Perspektive, zentralen theoretischen Grundlagen im Forschungsfeld der linguistischen Pragmatik zählen die interdisziplinären Arbeiten Karl Bühlers zur Sprachtheorie – so sei nur zum Beispiel auf ‚den‘ Feldbegriff und das Organon-Modell verwiesen (siehe dazu Bühler, 1982 [1934]) – die Arbeiten der sprachanalytischen Philosophie von John L. Austin (siehe dazu Austin, 1971) und von John R. Searle (siehe dazu Searle, 1969) zur Theorie der

Sprechakte sowie in der Weiterentwicklung auch die Arbeiten von Paul Grice zu den Konversationsmaximen (siehe dazu Grice, 1989).

Die Bedeutung des Verständnisses von Sprache als sozialer Praxis im politischen Kontext hebt Franz Janussek im Rekurs auf das von Utz Maas erarbeitete Konzept der ‚politischen Sprachwissenschaft‘ hervor (vgl. Janussek, 1986, S. 132).⁸ Dieses Konzept hat nach Janussek zwei zentrale Aspekte (vgl. ebd.). So werden zum einen „[s]prachliche Verhältnisse [...] als politische Verhältnisse untersucht.“ (ebd., Hervorhebung im Original). Für den zweiten Aspekt führt Janussek aus:

„Politische Sprachwissenschaft begreift sich selbst als Moment der Entwicklung der politischen Verhältnisse. Wer Sprachverhältnisse als politische Verhältnisse beschreiben will, muß sich selbst als Beteiligten an der Herstellung oder Veränderung dieser Verhältnisse begreifen.“ (ebd.)

Dies ist deshalb von Relevanz, weil das Konzept der politischen Sprachwissenschaft nicht per se auf eine Sprachwissenschaft im politischen Kontext abzielt, sondern Sprachwissenschaft selbst als politisch begreift. Hierzu konstatiert Janussek: „Feststellungen in der politischen Sprachwissenschaft sind daher immer auch politische Urteile, nicht nur Urteile über Politisches.“ (ebd., Hervorhebung im Original) Dieses sprachwissenschaftliche Verständnis legt auch die Grundlage für das mit Janussek verbundene Konzept der ‚Linguistik der Anspielung‘ (siehe dazu Janussek, 1986, insbesondere S. 83ff. sowie Janussek, 1991).

Janussek verortet das Konzept zunächst explizit als „eine wichtige Ergänzung zur Systemlinguistik“ (Janussek, 1986, S. 133) und nicht als ein im Gegensatz dazu stehendes Konzept (vgl. ebd.). Folgt man Janussek, dann ist mit der Linguistik der Anspielung vor allem eine Sprachwissenschaft verknüpft, die dem von Sprechern und Hörern gemeinsam geteilten Erfahrungshintergrund bei dem Verstehen von Äußerungen Rechnung trägt (vgl. ebd., S. 133f.). Dabei rücken für die Analyse von Äußerungen verschiedene Analyseobjekte in den Vordergrund: erstens Anspielungen im umgangssprachlichen Sinne und zweitens Phraseologismen und Metaphern (vgl. ebd.). Jedoch kommt dem dritten Bereich der Analyseobjekte eine besondere funktionale Qualität für die Linguistik der Anspielung in der Sprachwissenschaft zu, mit der sie, wie Janussek betont, „zum Gegenbegriff von ‚Systemlinguistik‘ wird“ (ebd., S. 134) – und damit eben nicht ‚nur‘ „zu deren bloßer Ergänzung“ (ebd.). Hierzu führt Janussek aus:

„Die dritte und eigentlich erst kritische Bedeutung von ‚Linguistik der Anspielung‘, durch die sie zum Gegenbegriff von ‚Systemlinguistik‘ wird und nicht zu deren bloßer

⁸ Janussek verweist hier exemplarisch auf Maas, 1980. Siehe darüber hinaus auch Maas, 1984, als analytische Konkretisierung einer politischen Sprachwissenschaft. Siehe dazu auch Janussek, 1985a, 1985b.

Ergänzung, entsteht, wenn man einsieht, daß die Untersuchung *aller* Äußerungen, zu deren Verständnis die Gemeinsamkeit von Erfahrungen bei Sprecher und Hörer erforderlich ist, gleichbedeutend ist mit der Untersuchung aller Äußerungen *überhaupt*. Die zentrale These der Linguistik der Anspielung in diesem Sinne ist, daß es keine Äußerung gibt, die so allgemein verständlich wäre, daß die miteinander Sprechenden nicht noch ihre besonderen Erfahrungen einbringen müßten, um sie zu verstehen.“ (ebd., Hervorhebung im Original)

Der von Januszek explizierte Zusammenhang, dass die miteinander Sprechenden ihr Erfahrungswissen für das Verständnis von Äußerungen einbringen und damit im weitesten Sinne die Äußerungen kontextualisieren müssen, ist auch für die Analyse der Äußerungen von politischen Akteuren zentral. Neben dem grundsätzlichen Verständnis von Sprache als sozialer Praxis und von Sprachwissenschaft als politischer Sprachwissenschaft sowie einem ersten Hinweis auf die Bedeutung des Kontextes bei der Analyse von Äußerungen ist es für die Entwicklung des triangulativen Ansatzes notwendig, die Entwicklung der Erforschung von Sprache in der Politik zu skizzieren. Diese Erforschung begreife ich im Anschluss an das vorausgehend verdeutlichte Verständnis von Sprache und Sprachwissenschaft als die Erforschung von Sprache als politischer Praxis.

Die Erkenntnis, dass zwischen Sprache, Kommunikation und Politik ein Zusammenhang besteht, ist keinesfalls neu. Wodak weist treffend darauf hin, dass diese drei Aspekte seit jeher vernetzt und voneinander abhängig sind (vgl. Wodak, 2001, S. 75). In diesem Zusammenhang führt sie weiter aus: „heutzutage erkennen dies aber nicht nur WissenschaftlerInnen und PolitikerInnen, die sich seit der Antike Redeschreiber und Spindoktoren geleistet haben, sondern auch Bürger und Bürgerinnen. Wie selten zuvor wird über einzelne Äußerungen von PolitikerInnen debattiert, die Aussagen werden von vielen zitiert und entwickeln eine rasante Eigendynamik.“ (ebd.) Schon in der griechischen Antike waren Sprache und Politik eng miteinander verknüpft, denn die Lehre von der Redekunst (siehe dazu zum Beispiel König, 2011), der Rhetorik, die insbesondere mit Aristoteles und seiner zentralen Schrift der „Rhetorik“ (siehe dazu Krapinger, 1999) verbunden ist, stammt aus dieser Zeit.

Im Hinblick auf frühere Arbeiten, die sich dem Forschungszusammenhang ‚Sprache in der Politik‘ aus sprachwissenschaftlicher Sicht widmen, sind insbesondere die Auseinandersetzung mit Sprache im Nationalsozialismus sowie mit dem Sprachgebrauch in der DDR und später auch mit dem Sprachgebrauch im Kontext der Wende zu nennen. Eine der wichtigsten sprachkritischen Arbeiten zur Sprache im Nationalsozialismus sind Viktor Klemperers Tagebuchaufzeichnungen aus dem 2. Weltkrieg, die 1947 unter dem Titel „LTI – Notizbuch eines Philologen“ (Klemperer, 1949 [1947]) erschienen und sich mit der ‚Lingua Tertii Imperii‘ (Sprache des Dritten Reiches) kritisch auseinandersetzen. Nach Jäger/Jäger entspricht Klemperers Vorgehensweise „modernen kulturwissenschaftlichen Verfahren [...], die heute

als Diskurstheorie und Diskursanalyse bezeichnet werden.“ (Jäger/Jäger, 1999, S. 21)⁹ Somit kann Klemperer mit dieser Arbeit Jäger und Jäger folgend auch als einer der ‚ersten‘ Diskursanalytiker eingeordnet werden.

Einen weiteren diskursanalytischen Beitrag leistet in diesem Kontext auch Utz Maas' Monographie „Als der Geist der Gemeinschaft eine Sprache fand“ (Maas, 1984). Mit dieser Arbeit verfolgte Maas eine Abgrenzung zu konventionellen germanistischen Arbeiten über die Sprache des Nationalsozialismus, indem er sich explizit nicht mit der Sprache ‚des‘ Nationalsozialismus, sondern mit der Sprache ‚im‘ Nationalsozialismus beschäftigt hat (vgl. ebd., S. 9). Seine Analyse versteht sich als eine „historische Argumentationsanalyse“ (Maas, 1984) und kann zudem auch als eine der ersten wegweisenden kritischen Diskursanalysen in der Bundesrepublik gesehen werden.¹⁰

Weitere frühere Auseinandersetzungen mit dem Zusammenhang von Sprache und Politik, die über lexikalische Arbeiten hinausgehen, sind insbesondere mit der Entwicklung der Pragmatik und dem damit einhergehenden Verständnis von Sprache als Handlung ermöglicht worden. Diese sind zum Beispiel mit den Arbeiten des Sprachwissenschaftlers Walther Dieckmann verbunden (siehe dazu Dieckmann, 1981, 1969). In den Texten von Dieckmann wird zudem bereits die Verschränkung des sprachwissenschaftlichen Gegenstands der Analyse von Sprache in der Politik mit der Politikwissenschaft deutlich, denn Dieckmann bezieht sich in seinen Schriften unter anderem auf den US-amerikanischen Politikwissenschaftler Murray Edelman (vgl. Dieckmann, 1980). Auf dieser Folie bringt Dieckmann auch den Zusammenhang von Sprache und Politik auf den Punkt, indem er darauf verweist, dass der Sprachgebrauch ein wesentlicher Gegenstand der von Edelman vorgenommenen Untersuchungen¹¹ ist (vgl. ebd., S. 255), „weil politisches Handeln zu einem Gutteil sprachliches Handeln ist und auch da, wo es dies nicht ist, der sprachlichen Vermittlung bedarf.“ (ebd.) Als ein wichtiges Konzept für die Analyse von politischen Reden hat Dieckmann in Anlehnung an Edelman das Konzept der „trialogischen Kommunikation“ (ebd., S. 265ff.) erarbeitet. Im Hinblick auf aktuellere Arbeiten zu

9 Zur Auseinandersetzung mit der Nähe Klemperers Arbeiten zur (Kritischen) Diskursanalyse siehe insbesondere Jäger/Jäger, 1999, S. 40ff. Jäger/Jäger verweisen zudem auch auf die Rezeption Klemperers in den Arbeiten von Jürgen Link sowie in ihren eigenen (vgl. ebd. S. 21/S. 197).

10 Siehe zur Auseinandersetzung mit Klemperers LTI den Anhang von Maas' Monographie ‚Eine Bewährungsprobe für die Sprachwissenschaft: Sprache im Nationalsozialismus und ihre Analyse‘ in Maas, 1984, S. 208ff.

11 Dieckmann bezieht sich auf die beiden englischsprachigen Untersuchungen Edelmanns „The Symbolic Uses of Politics“ aus dem Jahre 1964 sowie „Politics as Symbolic Action. Mass Arousel and Quiescence“ von 1971 und die deutsche Übersetzung „Politik als Ritual“ von 1976. Letztere sieht Dieckmann als eine Kompilation von Kapiteln der beiden Ursprungstitel, denn für diese deutsche Ausgabe gibt es laut Dieckmann keine direkte amerikanische Vorlage (vgl. Dieckmann, 1980, S. 255).

diesem Phänomen sei an dieser Stelle auf Begriffe wie politische Inszenierung oder „inszenierte Information“ (Grewenig, 1993) verwiesen.

Neben den zentralen Arbeiten des Politikwissenschaftlers Edelmann rückt auch die politikwissenschaftliche Arbeit Manfred Opp de Hipts zu „Denkbilder[n] in der Politik“ (Opp de Hipt, 1987) die Bedeutung von Sprache für die Politik ins Zentrum und damit zugleich die Relevanz von Sprache bei der Analyse von politischen (und damit auch politikwissenschaftlichen) Zusammenhängen. So konstatiert Opp de Hipt:

„Das wichtigste Medium, um Wahrnehmungs- und Bewertungsmuster zu speichern und weiterzugeben, ist die *Sprache*. Daß sprachliche Formen und Eigenarten die Art und Weise beeinflussen, in der Menschen die (politische) Realität sehen und bewerten, kann als Gemeinplatz gelten. Weit weniger klar ist aber die Frage, *wie* diese Einflußnahme vor sich geht.“ (ebd., S. 16, Hervorhebung im Original)

Ausgehend von einer theoretischen Beschäftigung mit der Metapher leitet Opp de Hipt in seiner Arbeit den Begriff des Denkbilds ab und vollzieht sodann eine Inhaltsanalyse zu Denkbildern vom Staat in Parteiprogrammen der SPD und der CDU (vgl. Opp de Hipt, 1987). Diese Arbeit Opp de Hipts lässt sich in den Kontext politikwissenschaftlicher Sprachanalyse einreihen, für die Erich Latniak in der Einleitung eines Tagungsbands „Sprache statt Politik? – Politikwissenschaftliche Semantik- und Rhetorikforschung“ (Opp de Hipt/Latniak, 1991) anmerkt:

„Allgemein kann festgehalten werden, daß sich politikwissenschaftliche Sprachanalyse mit der systematischen, methodisch kontrollierten Untersuchung von Äußerungen, Texten oder Dokumenten im politischen Kontext befaßt, mit dem Ziel, zu begründeten Aussagen über die politischen Zusammenhänge in der Gesellschaft zu kommen.“ (Latniak, 1991, S. 9)

Für die Verschränkung von Sprachwissenschaft und Politikwissenschaft zeigt Latniak an dieser Stelle nicht nur die Ähnlichkeiten auf, sondern formuliert auch sogleich mit Blick auf das gemeinsame Erkenntnisinteresse der Disziplinen einen methodischen Anspruch (vgl. ebd.). So konstatiert er,

„[...] daß die Analyseverfahren in der Lage sein müssen, sprachliche Mittel wie auch politische Dimensionen gleichermaßen angemessen zu erfassen, denn letztlich ist eine Analyse der politischen Funktionen sprachlicher Äußerungen ohne plausible Erfassung der Mittel ebenso blind, wie eine bloße Beschreibung der sprachlichen Mittel ohne eine Untersuchung ihrer politischen Funktionen leer bleiben muß.“ (ebd.)

Dass die Bedeutung von Sprache für die Analyse von politischen Zusammenhängen in der Politikwissenschaft keinesfalls auf breiten Konsens stößt, wird unter anderem im Rekurs auf Gunther Hellmann et al. deutlich. Sie konstatieren, dass der Stellen-

wert von Sprache in der Politikwissenschaft strittig diskutiert werde (vgl. Hellmann et al., 2008, S. 10). Nach Hellmann et al. lässt sich zwischen drei grundsätzlichen Auffassungen unterscheiden:

„Der ersten Auffassung nach zählen sprachliche Äußerungen nicht zu den ‚harten Fakten‘, da man sich nie sicher sein könne, ob Politiker sagen, ‚was sie wirklich denken‘ oder ob sie mit ihren Äußerungen nicht vielleicht ihre ‚wahren Absichten‘ verschleiern wollen. Entsprechend marginalisiert wird folglich die Analyse politischer Sprache. In der zweiten Auffassung steht gerade die Möglichkeit des bewussten instrumentellen Einsatzes von Sprache im Mittelpunkt [...]. Der dritten Auffassung zufolge, der wir uns anschließen, greifen die ersten beiden insofern zu kurz, als sie die Analyse des Sprachgebrauchs auf deren vermutete instrumentelle Absichten reduzieren und dabei ignorieren, dass jede öffentliche Äußerung zur gesellschaftlichen Sinnstiftung beiträgt und selbst Teil gesamtgesellschaftlicher Einstellungen und Überzeugungen ist. Dieser Auffassung liegt die Annahme zugrunde, dass jede politische Äußerung in umfassendere Diskurse eingebettet ist“ (ebd., S. 11).

Diese von Hellmann et al. geteilte Auffassung entspricht auch der in dieser Arbeit verfolgten Perspektive. Sie deckt sich insbesondere mit den im vorausgehenden Teil dieses Unterkapitels im Rekurs auf Ehlich aufgeführten Funktionen des ‚Mediums Sprache‘ und seiner Feststellung, dass Sprache nicht Selbstzweck sei (vgl. Ehlich, 1998).

Auch innerhalb der zeitgenössischen sprachwissenschaftlichen Bearbeitung des Gegenstands Sprache in der Politik stehen unterschiedliche Analyseziele im Vordergrund. Während zum Beispiel Januszek von einer „politischen Sprachwissenschaft“ (Januszek, 1986) spricht oder die Untersuchung von Sprache in der Politik auch in Form von kritischen Diskursanalysen realisiert wird, wie zum Beispiel in den Arbeiten von Jäger, Wodak und auch Januszek, rücken andere Autoren die Linguistik selbst in den Mittelpunkt. Dies kommt zum Beispiel in dem Kompositum ‚Politolinguistik‘ zum Ausdruck, mit dem die linguistische Beschäftigung mit politischer Kommunikation auch bezeichnet wird (siehe dazu zum Beispiel Burkhardt, 1996; Girth/Spieß, 2006). Mit Heiko Girth und Constanze Spieß kann unter Politolinguistik Folgendes verstanden werden:

„Mit der Politolinguistik hat sich in den vergangenen Jahren eine linguistische Teildisziplin etabliert, die die Sprache im Kommunikationsbereich Politik in allen ihren Facetten beschreibt und analysiert. Für die Mehrzahl der politolinguistischen Untersuchungen ist die Einsicht, dass politisches Handeln vornehmlich sprachliches Handeln ist, erkenntnisleitend.“ (Girth/Spieß, 2006, S. 7)

Trotz der Verschiedenheit in der Auseinandersetzung mit dem Gegenstand kann zur Skizzierung gemeinsamer Merkmale der Arbeiten zur „Sprache und Kommuni-

kation in der Politik“ (Dieckmann, 2005, S. 22) beziehungsweise von „politischer Sprachverwendung“ (Girnth, 2002) dem Vorschlag Heiko Girnth's gefolgt werden:

„Aus der Vielzahl der in der Forschung vorgeschlagenen Differenzierungskriterien sollen [...] die Merkmale *Öffentlichkeit*, *Gruppenbezogenheit*, *Konsens-/Dissensorientiertheit* und *Mehrfachadressiertheit/Inszeniertheit* herausgehoben werden.“ (ebd., S. 33, Hervorhebung im Original)

Dem Untertitel von Girnth's Arbeit¹² entsprechend, lässt sich die sprachwissenschaftliche Beschäftigung mit dieser Form politischer Sprachverwendung auch als „die linguistische Analyse öffentlich-politischer Kommunikation“ (Girnth, 2002) begreifen.

Otfried Jarren und Ulrich Sarcinelli problematisieren in der Einleitung zum Handbuch der Politischen Kommunikation folgenden Umstand: „Allein die Verständigung darüber, was unter ‚Politischer Kommunikation‘ zu verstehen und wie sie zu analysieren sei, bereitet den beteiligten Wissenschaften Probleme.“ (Jarren/Sarcinelli, 1998, S. 13) Hierfür sehen sie folgende Ursachen: „[d]ivergierende normative Anforderungen, spezifische theoretische Ausgangspunkte, unterschiedlichste Untersuchungsgegenstände, fachsystematische Routinen und Methoden sowie abweichende empirische Befunde“ (ebd.). Mit Blick auf die verschiedenen Fachdisziplinen, die sich mit dem Gegenstand der politischen Kommunikation beschäftigen, problematisieren sie: „Es fehlt an einem disziplinübergreifenden Problemverständnis, es fehlt an forschungsleitenden theoretischen Konzeptionen sowie an komplexeren Designs und Modellen.“ (ebd.) Darüber hinaus konstatieren sie das Fehlen einer „hinreichend großen Wissenschaftlertgemeinschaft, die sich kontinuierlich Fragestellungen der ‚Politischen Kommunikation‘ widmet.“ (ebd.) Die Feststellungen von Jarren und Sarcinelli sind allerdings aus dem Jahr 1998 – gerade in den letzten zehn Jahren hat sich, auch aufgrund der Arbeiten dieser beiden Autoren (siehe dazu exemplarisch Sarcinelli, 2011; Jarren/Donges, 2006), ein breites Forschungsfeld etablieren können. Dennoch konstatieren auch Jarren und Donges, dass sich das Feld der politischen Kommunikation „als unklar definierter wissenschaftlicher Gegenstand mit unterschiedlichen Forschungsbefunden und -ansätzen [präsentiert].“ (Jarren/Donges, 2006, S. 20) Grundsätzlich kann ‚Politische Kommunikation‘ jedoch im Rekurs auf die beiden Autoren wie folgt konzeptualisiert werden:

„Politische Kommunikation ist der zentrale Mechanismus bei der Formulierung, Aggregation, Herstellung und Durchsetzung kollektiv bindender Entscheidungen. Inso-

12 Der vollständige Titel lautet: „Sprache und Sprachverwendung in der Politik. Eine Einführung in die linguistische Analyse öffentlich-politischer Kommunikation“ (Girnth, 2002).

fern ist politische Kommunikation nicht nur Mittel der Politik. Sie ist selbst auch Politik.“ (ebd., S. 22)

Im Rekurs auf Ulrich Sarcinelli ist Kommunikation zwar eine unverzichtbare, aber dennoch keineswegs eine hinreichende Bedingung von Politik (vgl. Sarcinelli, 2010, S. 270). Sarcinelli unterstreicht, dass sich Politik nicht in Kommunikation erschöpfe (vgl. ebd.). Hierzu muss jedoch geklärt werden, was Sarcinelli in diesem Kontext mit Kommunikation meint, denn er spricht von „in der Regel auf massenmediale Resonanz zielende[r] Kommunikation“ (ebd.). Zentral ist in diesem Kontext auch die von Sarcinelli getroffene Unterscheidung von „Darstellungspolitik“ und „Entscheidungspolitik“ (Sarcinelli, 2010, S. 271; siehe dazu auch Sarcinelli, 2011). Folgt man Sarcinelli, so wird Kommunikation im politischen Prozess dann relevant, wenn es um den öffentlichen Aspekt von Politik geht, und hier insbesondere in den Phasen der Problemartikulation sowie bei der Politikentscheidung (vgl. Sarcinelli, 2010, S. 270). Diesen Zusammenhang von Politik und Kommunikation fasst er pointiert zusammen: „In diesen Phasen kommt das Strategische ins Spiel, insofern politische Kommunikation darüber entscheidet, ob ein Thema überhaupt auf die Tagesordnung kommt oder ob eine politische Entscheidung auf Akzeptanz stößt. In solchen Phasen verschmelzen Kommunikation und Politik zu einer nicht mehr unterscheidbaren Melange.“ (ebd.) Hieraus lässt sich schließen, dass Politik in ihrer öffentlichen und damit sprachlich-kommunikativen Vermittlung auf Strategie(n) angewiesen ist, um politische Interessen erfolgreich zu artikulieren und auf die politische sowie die mediale Agenda zu bringen und letztlich in politische Entscheidungen zu transformieren. Deutlich wird jedoch auch, dass politische Kommunikation in ihrer öffentlichen Funktion immer in einem Zusammenhang mit ‚den‘ Medien steht. Will man politische Kommunikation untersuchen, stehen als Adressaten der Kommunikation nicht unmittelbar die Bürgerinnen und Bürger als Wähler und Inhaber der Souveränität im Mittelpunkt, sondern zunächst die Medien, ohne die Politik in der heutigen Zeit nur noch Fragmenten der Öffentlichkeit bekannt würde. Die sich verändernde Rolle der Medien für die Politik wird mit Blick auf die wissenschaftliche Literatur mit dem Schlagwort ‚Mediokratie‘ gefasst. Thomas Meyer konstatiert in seiner Monographie „Mediokratie. Die Kolonisierung der Politik durch die Medien“ (Meyer, 2001) zum Beispiel eine kopernikanische Wende in der Politik: die einstige Parteidemokratie wird ihm zufolge zu einer Mediendemokratie (vgl. Meyer, 2001, S. 2). Mit dieser Konkretisierung von Demokratie zielt Meyer darauf ab, dass den Parteien, die qua Verfassung bei der politischen Willensbildung des Volkes mitwirken (siehe Artikel 21 GG), in der Mediendemokratie nur noch eine untergeordnete Rolle zukommt und sie von den Medien abgelöst worden sind. So wird in diesem Kontext auch der Inszenierungscharakter von Politik in den Medien betont (vgl. Grewenig, 2005, 1993) und Politik als „Politainment“ (Dörner, 2001) gefasst.

Der innenpolitische Sicherheitsdiskurs in Deutschland
Zur diskursiven Konstruktion des sicherheitspolitischen
Wandels 2001-2009

Baban, C.P.

2013, XII, 362 S. 13 Abb., Softcover

ISBN: 978-3-658-00884-0